

Die Sanitätswarte

Organ zur Vertretung der Interessen des gesamten Personals in Kranken- und Irren-Anstalten, Sanatorien, Heil-, Pflege- u. Bade-Anstalten, Massage- u. Wasserheil-Instituten, Kliniken, Seebädern usw.

Beilage zur „Gewerkschaft“, Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Redaktion und Expedition: Berlin W. 30,
Winterfeldstr. 24. — Fernsprecher: Amt VI, 6488.
Redakteur: Emil Dittmer.

Berlin,
den 25. September 1908.

Erscheint alle 14 Tage, Freitags.
Bezugspreis inkl. „Die Gewerkschaft“ viertel-
jährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 2,— M.
Postzeitungs-Liste Nr. 3164.

Warum muß das gesamte Personal in Heil- und Badeanstalten sich dem Gemeindearbeiter-Verbande anschließen?

Es ist an dieser Stelle oftmals betont worden, wie notwendig neben dem Kampfe um Verrückung, Kritik und Beseitigung von Mißständen die prinzipielle Aufklärung über den Wert der modernen Gewerkschaftsorganisation ist.

Besonders aber hat die „Gewerkschaft“, die allen Kollegen und Kolleginnen allwöchentlich zugestellt wird, ihr Möglichstes getan, um eine überzeugungstreue, klar blickende Kollegenchaft heranzubilden.

Nun läßt freilich die fortgesetzte, schier unglaubliche Fluktuation in den Heil- und Badeanstalten einen Stamm gut geschulter, selbständig denkender und agitierender Kollegen in den Kreisen des Pflege- und Badepersonals nur sehr schwer aufkommen. Oftmals ernten wohl andere Organisationen, was bei uns gesät wurde. Doch das ist durch aus kein Fehler! Vielmehr beruht das Prinzip der modernen Organisation auf brüderlicher Gegenseitigkeit, innen wie außen. Und so manche aufklärende Tätigkeit ist bereits von anderen Verbänden geleistet worden, die uns bei unseren Organisationsbestrebungen nütze tun.

Nach all unseren Erfahrungen halten wir es aber dessen ungeachtet für angebracht, von Zeit zu Zeit auf den engen Zusammenhang hinzuweisen, den das gesamte Anstalts- und Badepersonal mit den übrigen städtischen Arbeitern und Unter-Angestellten hat.

Die Interessen des gesamten Heil- und Badepersonals können nur

einzig und allein

angiebia vom
Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter vertreten werden. Das ist für diejenigen, die schon Jahre lang in unter- oder einer anderen modernen Gewerkschaftsorganisation tätig sind eine Selbstverständlichkeit, über die niemandem ihnen mehrd überflüssig erdient.

Sie haben jedoch mit einer überwiegenden Menge Neulinge zu rechnen, die zur denkbaren Teilnahme und Erkenntnis erst erzoen werden müssen. Darum wollen wir in nachfolgendem einmal in ganz groben Umrissen die Gründe darlegen zu unserer Forderung:

Alle Anstalten von staatlichen, städtischen und privaten Heil- und Badeanstalten gehören in den Gemeindearbeiter-Verband.

Insoweit und nur die einzeln ständige, auf moderner Grundlage aufbauende Organisation für die vor- und nachbereitenden Dienste und Betriebe

Ueber das Wesen einer modernen Organisation berichten wir vielleicht ein andermal ausführlich. Hier nur einige grundsätzliche Bemerkungen: Die moderne Gewerkschaftsorganisation erstrebt unter Anwendung aller gesetzlich zulässigen Mittel

die wirtschaftliche Besserstellung aller ihrer Mitglieder.

Insbesondere stellt sie sich zur Aufgabe:

- Bekürzung der Arbeitszeit,
- Erringung auskömmlicher Löhne,
- Beseitigung der Mißstände jedweder Art,
- Wahrnehmung der Rechte ihrer Mitglieder bei sozialpolitischen und staatsbürgerlichen Forderungen an die Gesetzgebung.

In Betrieben bzw. Betrieben, wo solches noch besteht:

- Abkämpfung des Kost- und Logiszwangs,
- Beseitigung des Trinkgelder-Unwesens.

All diese Forderungen und manche andere haben wir oft genug im einzelnen beleuchtet. Heute möchten wir nur zusammenfassend darauf hinweisen, wie im gegebenen Rahmen keine andere Organisation in dem vorherbezeichneten Sinne voll und ganz wirken kann.

Nehmen wir zunächst einmal die Ständes-Vereine. Sie wollen in der Hauptsache wohl eine Verrückung des Pflegepersonals, aber unter Anherachtlassung des gesamten Anstaltsverhältnisses. Ihr sachliches, angängliches Vorgehen kann nie größere positive Erfolge zeitigen, nicht einmal für die eine besagte Kategorie des Pflegepersonals. Zunächst wird in diesen Vereinen vielmehr ein Ständes-Dünkel geübt, der mit der materialen und sozialen Misere des Pflegeberufs im unabwehrbaren Verhältnis steht! Die lächerlich niedrigen Monatsbeiträge ermahnen keinerlei ernsthafte Aktionen und nicht einmal die Unterhaltung der eng besetzten Mitgliederzahl in strahlender Treue, Solidarität, Zueinander- und Kameradschaft durchzuführen werden. Die ungeschönten Vereinen dieser Art können auch durch ihren sogenannten „Pund“ sich weder Nutzen noch eine Bedeutung im Anstaltsleben verschaffen und alles Wohlwollen einzelner hervorragender Werte täuscht nicht darüber hinweg, daß die sogenannten Ständesvereine zur dauernden Schmach und Verurteilung sind. Zudem, da sie nie und da durch sachliche Beiträge für die Ausbildung der Mitgl. der Stände geleistet wird. Das ändert aber an den vorherbezeichneten Tatsachen absolut nichts.

Es liegt auch zu sehr in der Natur der Sache, daß das Pfliegerpersonal und selbst die Schwestern losgelöst von den übrigen Kategorien nur sehr geringe Fortschritte in bezug auf die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse erzielen können. Das sollten sich bei ernstem Nachdenken besonders auch diejenigen Schwestern und das Oberwartepersonal vor Augen halten, die unserer freien Organisation direkt und indirekt noch oft genug Schwierigkeiten machen. Der Wandel im Anstaltssystem in bezug auf Verrichtung, größere Freiheit, vor allem Beseitigung des Not- und Zwangs, kann nur durch das geschlossene Vorgehen des gesamten Anstaltspersonals erreicht werden. Und gerade die sogenannte untere Schicht das Hauspersonal gibt oftmals den entscheidenden Anstoß! So haben es z. B. in den meisten Anstalten bereits die Handwerker vermocht, sich diesem System zum Teil zu entziehen. Sie werden auch weiter die Vorkämpfer in vielen anderen Beziehungen sein, und das sollten Schwestern, Pflieger und Oberpfleger in ihrem eigenen Interesse begründen.

Eine andere kleine Gruppe, die seit einigen Monaten im Pfliegerberuf Mitglieder zu wärmen nicht sind die „Christlichen“. Deren Treiben ist oft genug von seiten der verschiedensten Kollegen angedeckt worden, als daß wir jetzt noch nötig hätten, ausführlich darauf einzugehen. Nur so viel: Ganz plötzlich, nachdem unsere Organisation seit länger denn zehn Jahren für das Anstaltspersonal ein getreten ist und große Opfer für die Organisation und Aufklärung dieser Kategorien gebracht hat, laßt Herr Streiter auf, um Verwirrung und Zersplitterung in die Reihen des Anstaltspersonals zu tragen. Das mag für die Anstalts-Directionen sehr angenehm sein, wie eine Anzahl Vorgänge beweisen. Für die Kollegenschaft erwächst hingegen daraus die Pflicht, sich nicht durch Klüden beirren zu lassen. Wenn die „Christlichen“ die Gemeinamkeitsinteressen von Haus- und Pfliegerpersonal, von Anstaltspersonal und Gemeindegewerkschaftern und Angehörigen leugnen, so beweisen sie damit deutlich, daß sie keine Abnung von den wirtschaftlichen Zusammenhängen haben! Die Aufstellung der städtischen Etats, in denen die Arbeits- und Lohnverhältnisse für Gemeindegewerkschafter sowohl als für das Anstaltspersonal festgelegt werden, geht von einem Arbeitgeber der Stadtgemeinde aus, ergo muß auch eine einheitliche Zustanz für die Angehörigen und Arbeiter bestehen, um die gegebenenfalls Forderungen aufstellt. Das ist der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, der in über hundert Stadtgemeinden Deutschlands in diesem Sinne tätig ist.

Das Reich- und Landeswesen wird mehr und mehr zum Monopolbetrieb der Gemeinden. Was sich dieser Gemeindeherrschaft auch noch in bezug auf das Badenien etwas verzögern, er ist durch nichts aufzuhalten. So wird auch das Gros der Pfla- und Pfla-Angehörigen mehr und mehr in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigt werden. Daraus ergibt sich als naheliegende Konsequenz, daß von hier aus eine Verbesserung des Personals am ehesten zu erzielen ist, und daß das gesamte Personal in Gemeinde- als Privatbetrieben Hand in Hand marschieren muß.

Der unabweisliche, in kaum einem Industriezweige ähnlich starke Stellenwechsel wird den einzelnen Personalsangehörigen ohnehin heute in einem Privat-, morgen in einem Anstaltsbetrieb! Deswegen erstreben wir die Zusammenfassung aller dieser Kräfte, um so vereint den schwer allmächtigen Anstaltskräften usw. begegnen zu können.

Die in den städtischen Verwaltungen vorwiegend einseitigen Arbeiter-Ausrichtungen sind heute gerade deswegen noch vielfach zur absoluten Unmacht verdammt, weil keine starke Organisation aller Anstaltsangehörigen hinter ihnen steht. Wie können sie tauglich wirken, wenn

ihre Tätigkeit keinen Rückhalt findet durch eine starke, geschlossene Organisation? Auch hierüber haben wir des öfteren zahlreiche Beispiele aus der Praxis gebracht.

Sieht man endlich all die generellen Bestimmungen, die von seiten vieler Stadtverwaltungen geschaffen werden, in Betracht, wie Arbeitsordnungen, Ferien, Pensionen, besondere Vergünstigungen usw., so kann deren Ausbau nicht fortgesetzt werden, ohne daß sich die gesamte städtische Arbeiterschaft dafür ins Zeug legt und ohne daß die vernünftigen Arbeitervertreter die sozialdemokratischen Stadtverordneten ihren Einfluß geltend machen. Das mag für manchen vom Standesdünkel befallenen Kollegen und „Christlichen“ zwar peinlich zu hören sein, aber es ist die laute Wahrheit und kann durch nichts entkräftet werden!

Schon ein flüchtiger Blick auf die wirtschaftlichen Verhältnisse im allgemeinen sollte jeden Kollegen, jede Kollegin dazu bestimmen, sich mehr als bisher um die eigene Verrichtung zu bemühen. Die Klagen über die schlechten Verhältnisse im Pflaerberuf, über die Ausbeutung und schlechte Behandlung, über Unfreiheit und miserable Lohn werden seit Jahren angehäuft. Statt Besserung ist trotz aller früheren Kampfes in den neuen Anstalten eher noch eine Verschlechterung eingetreten. Darum wird nie Wandel zu erbitten sein, bevor sich nicht ein erheblicher Teil des Anstalts- und Pflaerpersonals der wirtschaftlichen Zusammenhänge bewußt wird und selbst mit Hand und Fuß, um durchgreifende Reformen zur Durchführung zu bringen.

Wir müssen in privaten wie in kommunalen Betrieben fortgesetzt für Aufklärung und Zusammengehörigkeit sorgen. Soll durch unsere Mühe die fruchtbarste Keimzelle, so können wir wohl billigerweise verlangen, daß auch unsere Gesundheit nicht fortgesetzt bedroht ist. Wahrscheinlich wird sich nicht betrachten, sind unsere Verhältnisse so ziemlich die unangenehmsten, wie sie in Industrie, Handel und Gewerbe. Was wir jahrelang verdammt, kann wenigstens an einem Tage abgeholt werden. Aber wenn wir uns und unsere Kollegen überaus untrüben, uns solidarisch in der Organisation zusammenfinden, dann werden wir in kurzer Zeit dahin kommen, wo unsere Arbeitsbrüder und Arbeitschwestern in den meisten Formen bereits angelangt sind: zu einer wirksamen, unüberwindlichen Interessenvertretung, der auch die Anstaltsdirectionen auf die Dauer nicht widerstehen können.

Auch die inneren Einrichtungen des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes, unser Unterführungsweien, gibt allen Kollegen und Kolleginnen Gewähr, daß sie hier nicht wie in einem Anstaltsbetrieb „auf der Stelle“ zusammenkommen, sondern daß sie einen starken wirtschaftlichen Rückhalt in unserm Verband besitzen. Die Verhältnisse unserer in Deutschland über 28.000 Mitglieder zählenden Verbände sind enorm und bezeugen unsere gegenwärtige Solidarität in Zeiten, denen von keiner Seite weder von Standes-, Lokal-, Anstalts- oder „Christlichen“ Parteien etwas Ähnliches an die Seite gestellt werden kann.

So steht für das gesamte Personal in städtischen, städtischen und privaten Neu- und Pflaeranstalten nur die eine allumfassende Organisation auf moderner Grundlage: der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Jeder hat deutende Kollegen, jede Kollegin muß es sich darum zur Pflicht machen, den vorstehenden Gründen Gehör zu verschaffen durch reger, unermüdete Agitation.

Die schlechte Beköstigung der Anstalts-Angestellten.

Der Birkow-Standal hatte eine Anzahl Kollegen aus den verschiedenen Berliner Anstalten veranlaßt, sich an die Ortsverwaltung des Gemeindefürsorgeverbandes zu wenden, mit dem Ersuchen, baldmöglichst eine Versammlung des Anstaltspersonals einzuberufen. Diefen Wünschen wurde bereitwillig stattgegeben und fanden demzufolge 8 Anstalts-Versammlungen mit oben stehender Tagesordnung statt, von denen vier am Freitag, den 11. September, für das Birkow-Krankenhaus, Moabit, Friedrichshain und Urban stattfanden, während für die Frauenanstalten Heißenberg, Wuhlgraben, Dalldorf und Buch je eine Versammlung am Montag, den 14. September, abgehalten wurde.

Alle Referenten, die Kollegen Dittmer, Kerner, Riedel, Schulz, Volkmann und Zabel, fanden ein außerordentliches Gehör bei den zahlreich erschienenen Kollegen und Kolleginnen. Besonders ist der starke Beifall vom Birkow (über 50 Personen) zu erwähnen.

Kollege Dittmer referierte über: „Die schlechte Beköstigung der Anstaltsangestellten“. Das ganze Umwies des Moit- und Versorgungs im allgemeinen geschildert, ging er zu den diesbezüglichen Verhältnissen der Berliner Anstalten und sonstigen Pflegeanstalten im allgemeinen und im Birkow-Krankenhaus im besonderen über. Kerner wies besonders darauf hin, daß die Klagenbeschwerden der Sachverständigen mit dem traurigen Umwies der Versorgung der Prokuranten auf dem Submissionswege zurückzuführen sei. Das achte sei überhaupt die Abschaffung des Moit- und Versorgungs. Wie schlecht die Verhältnisse des Personals seien, beweise gerade die totale Situation desselben. Hier müsse das Personal selbst Wandel schaffen, indem es sich organisiere. Das neue Personal dann gehen gerade die nächsten Vorgesetzten, die Ärzte, den Kollegen. Das Modalitätsgesetz in der Arbeitskraft durch den § 152 der G. L. gesetzlich gewährleistet, trotzdem würde man, dasselbe durch allerbaldigsten Schritten und Maßnahmen zu unterstützen. Vordrängen sei es, daß zwei Überprüfer ernannt seien, von denen man nicht weiß, ob sie als „Aufpasser“ fungieren sollten. Jedenfalls werde es zu ändern sein zu ändern. Mit einem kräftigen Appell zum Eintritt in den Gemeindefürsorgeverband schloß der Redner seine Ausführungen. Der darauffolgende Beifall bewies, wie recht der Kollege Dittmer mit seinen Ausführungen hatte. In der Debatte, welche sich nach der Rede angeschlossen hatte, wurde die Angelegenheit zum Ausdruck gebracht, daß die in der Versammlung am 11. September abgeleiteten Beschlüsse angenommen. Ein Dritter Redner empörte sich als Anhänger des „schlichten“ Krankenpflegepersonals. Er erklärte, daß bald der Anstalt fühlte, er sich als besser zu stellen, innerhalb derselben müsse er sich aber zeigen. Im übrigen habe er im öffentlichen Sinne Propaganda zu machen. Wie wenig die Versammlung davon bemerken konnte die Ausführungen der Kollegen Kerner, die das Gelingen dieser Organisation in das Licht der Welt stellen. Allerdings waren noch laut, und vom hohen Stande der Sache wurde die Versammlung geschlossen. Die beschriebene Resolution wurde gegen die Stimme des Überprüfers angenommen.

Die zahlreich versammelten Angestellten der nächsten Pflegeanstalten sind einmütig mit der nächsten Versammlung im Birkow-Krankenhaus, 14. September, einmütig.

Wie oben erwähnt werden die Versammlungen die von der örtlichen Pflege der Verantwortlichen angeordnet wurden, jedoch nicht als „Aufpasser“ fungieren, sondern die Angelegenheit zum Ausdruck bringen, daß die Versorgung in den nächsten Pflegeanstalten nicht besser sein kann, und immer ungenügend war und sein wird, bis die kollektiven Maßnahmen durch den Anstalt gehen.

Die Versammlung haben in dem Moit- und Versorgungs die Mängel dieser und anderer anderer Stellen ihrer Arbeit nachvollzogen und haben dabei insbesondere die Mängel der Beköstigung zum Ausdruck gebracht und entsprechende Vorschläge gemacht.

Die beschriebene Haltung des Magistrats gegenüber dieser Angelegenheit hat aber die Verantwortlichen überzeugt, daß eine einheitliche Beköstigung der gesamten Anstalten im Laufe der Angelegenheit sein und zwar unter Anwendung der Maßnahmen des gemeindefürsorglichen Verbandes herbeigeführt werden kann. Der Anstalt an die allein zuständige Organisation, den Verband der Gemeindefürsorge, wird daher all in Kollegen und Kolleginnen im unabweislichen Willen gemacht.

Auch in Buch, wo die Kollegen Kerner und Volkmann referierten, bewies der Beifall, wie wahr die Redner bei der Schilderung des Moit- und Versorgungs die Verhältnisse in dieser Anstalt dargelegt hatten. Die Klagen, die alsdann über die Verhältnisse laut wurden, spotten aller Beschreibung. In teilweise total verdorbenen Zustände wird dem Personal das Essen gereicht. Daß Maden in demselben vorgefunden werden, ist schon gar nicht mehr zur Seltenheit geworden. In zahllosen Fällen sind die Speisen direkt ungenießbar und wandern wieder in die Mäcke zurück. Bei dem geringen Gehalt, das die Stadt Berlin für ihre Anstaltsangestellten zahlt, sind die Kollegen und Kolleginnen auch noch gezwungen, einen Beitrag für die ungenießbare Moit davon zu leisten. Weitere Klagen wurden darüber laut, daß die Überprüfer mit dem Personal in der Mäcke ziemlich rabiat verfahren und selbst vor Täglichkeiten nicht zurückschrecken. Besonders wurde noch das völlige Versagen des Arbeiter-Ausschusses kritisiert, und man wisse gar nicht mehr, ob derselbe noch in Wirklichkeit existiere, oder nur auf dem Papiere bestehe. Die vorstehende Resolution fand hier einstimmige Annahme. Mit einem kräftigen Appell zum Ausbau und Stärkung der Organisation wurde die Versammlung geschlossen. Der Erfolg war eine Reihe von Resonanzen.

Einen guten Besuch hatten auch die Versammlungen in allen anderen Anstalten zu verzeichnen. Überall wurde die obige Resolution einstimmig angenommen. Infolge der Vorgänge im Birkow-Krankenhaus haben sich endlich auch dort die Kollegen organisiert und sind gewillt, für unsere Organisation einzutreten.

Neues Leben ist in die Anstalten gekommen. Möge die vorhandene Begeisterung für unsere Sache kein Strohhalm sein, sondern mag ein jeder treu zu unserer Sache stehen, damit nicht noch wenig Wochen alles wieder beim alten bleibt, sondern damit dem

lebigen Anstaltsmitglieden in bezug auf Beköstigung, Bevormundung, Unfreiheit, Bezahlung usw. der Garaus gemacht werden kann. Dazu bedarf es der sorgfältigsten Mithilfe aller Kollegen und Kolleginnen.

Eine öffentliche Volksversammlung im Saale „Friedrichshain“ beschloß am 11. September mit dieser Angelegenheit. Nach einem mündlichen Referat des Bundesvorsitzenden der deutschen Arbeitervereine und ausgiebiger interaktiver Debatte, an der sich u. a. auch Stadtm. Dr. Wenzel sowie Kollege Dittmer beteiligten, wurde die folgende Resolution gefaßt:

„Die am 11. September in der „Brauerei Friedrichshain“ tagende öffentliche Versammlung entscheidet bestimmt, daß der Magistrat veranlaßt wird, den Stadtverordneten und Ärzten bald Gelegenheit dazu schafft, einer Wiederholung ähnlicher Vorkommnisse, wie sie aus dem Birkow-Krankenhaus bekannt geworden sind, gründlich vorzubeugen.“

Damit die infolge der Vergiftungen und anderer Missetaten entstandene Verunsicherung beseitigt und das erduldete Vertrauen der Arbeiter an den Berliner Anstaltsführern wiederhergestellt werden kann, hat es die Versammlung für dringend nötig, daß der Magistrat die Mithilfe der Kommune aufsucht und baldmöglichst Maßnahmen ergreift, welche Maßnahmen er getroffen hat, um die Beköstigung, daneben zu verbessern.

- Insbesondere hat es die Versammlung für notwendig, daß
1. der Anstalt, Schwestern, Pflege- und Gesundheitspersonal ein höheres Entgelt auf die Bewirtschaftung und Mäcke des Personals einräumt und als Probe;
 2. in der Anstaltsverwaltung nicht als Probe die Mäcke, Salat und Brot als erduldete und schmutzige Nahrungsmittel behandelt und zu diesem Zwecke insbesondere in der nächsten Gemeindefürsorglichen Anstalt, Wuhlgraben, die Mithilfe der Anstaltsführer an dem Anstalt.

In der nächsten Sitzung der „Sanitätswarte“ werden wir berichten, was tensus des Magistrats und der zuständigen Behörden hinsichtlich in dieser Angelegenheit geschehen ist.

	Aus unserer Bewegung.	
--	------------------------------	--

Berlin. Aus dem Birkow-Krankenhaus wird uns u. a. geschrieben: Wir halten es für geboten, endlich nach langer Schweregen auch einmal einen Ton mitzugeben, wenn auch in einer nicht besonders guten Art, aber anders geht's nicht, um nicht persönlich Schaden zu bereuen. In dem Artikel der „Korrespondenz“, wo ein

Herr Dr. M. unter „Drei Diätformen“ einen Speisezettel beschreibt, der, wenn er selbst richtig wäre, sicher nicht zu köstlich ist. Denn wenn es abends Butter mit Brot gibt, so ist das doch wohl nicht zuviel, oder will man gar nichts mehr geben? Unter anderem heißt es: „Ärztliche, Schwestern, Apotheker und ein Teil der Angestellten haben eine besondere Verpflegung“. Dies trifft wohl zu, aber nur insofern, als es nicht gerade in dieselben Möbel kommt. Somit ist es 5 Tage in der Woche nur „Patientenessen“, wenigstens für Wärter, Hausdiener und dergl. weibliches Personal. Nur an Sonntagen ist das Essen etwas besser. Am 7. Tag gibt's aber oftmals einen Krach, daß man keine Bezeichnung dafür hat, warum beschäftigt sich denn die Presse lediglich nur mit den Schwestern? Warum nicht auch mit dem Essen der Wärter, Hausdiener und des weiblichen Personals? Mühen wir der Stadt nicht ganz anständige Steuern zahlen? Auch die Krankentafeln sollten mal ein ander Wortchen mitreden. Wenn es in dem „Morgenpost“ Artikel heißt: „Es war so viel da, daß es in die Tränkeimer wanderte“, so ist dies leicht erklärlich. Wenn man sich durch allerhand andere Verhältnisse etwas anderes zurecht macht, läßt man das Zeug stehen, und die Stadt Berlin zahlt dann Geld für Essen, was in die Tränkeimer wandert. Der letzte Satz dieses Artikels heißt aber allem die Arzene auf. Es heißt: „Alles in allem kann man ganz gut satt werden, und wird das Essen gut und schmackhaft finden, wenn man nicht einen allzuverwöhnten Gaumen hat.“ Da möchten wir doch den Herrn Dr. M. mal einladen, 8 oder 14 Tage das Patienten- oder Wärter Mittagessen im R. M. zu sich zu nehmen und sich auch wirklich nur davon allein zu ernähren, dann wird er bald erfahren, warum das Personal so färschlich wechselt. Einen Mühenzettel, wenigstens Mittageßen, geben wir bekannt, wie er mit kleinem unbedeutenden Verdröben jede Woche lautet:

Montag: Vinken mit rohem Rindfleisch.
Dienstag: Muhl mit Hammelfleisch.
Mittwoch: Saure Kartoffelsuppe mit Schmorwurst.
Donnerstag: Bohnen mit Rindfleisch, ganz talig.
Freitag: Kartoffeln mit Zwiebelauce, Hammelfleisch ist kein Menü.
Sonabend: Mohrrüben mit Schweinefleisch.
Sonntag: Schmorbraten, anständige Sauce; Montport.

Das ist alles ein Essen, wie man in der Volkstude für 25 Pf. erhält! Dann ist es wenigstens lauter. Hier waren an einem der letzten Tage im Stall sogar Plattdaue. Die Bohnen und nicht mal ihrer Strünke verabschiedet, da ist man dann, wenn's auch anfangs schmeckt und kann wie ein altes Pferd. Daß das Personal nicht schon lange Mord gemacht hat, liegt daran, weil es stets glaubte, daß doch endlich Abhilfe geschafft wird, aber alle Wünsche werden nicht beachtet. Da muß man dann endlich an die Verantwortlichen gehen.

Auch. Wir erhielten folgende Zuschrift: „Zeit einiger Zeit sind die Montverhältnisse bei uns in der Jüden Anstalt auch die denkbar traurigsten. Zerstört mit Waden, saure Eier, ganz übel riechend, die wir, um Ertrag zu erhalten, der Mühe übergeben. Nach ein oder zwei Tagen erhalten wir andere in rohem Zustande zurück. Da wir aber leider nicht nötige Vorrichtungen dazu haben und auch keinen Spritus dazu erhalten, im übrigen auch auf den Stationen nicht lachen dürfen, müssen wir die Eier im rohen Zustand genießen, immer in der Befürchtung, daß sie verdorben sind. Am letzten Sonntag Mittag erhielten wir Kartoffeln, die aber völlig ungenießbar waren, nämlich durchweg schwarz und wässrig. Die Wurst, die wir zum Frühstück erhalten, ist meistens ungenießbar. In Weinheim, die bei uns den Namen nach als „Revolvement“ bekannt ist, findet man Ketten-Äpfeln, die mit dem Messer nicht zu durchschneiden sind, Thüringer Konwurst „Gummikwast“, enthält mehr Fett wie Klebbrinte. Bei der Abrechnung der Tagesration für die Pfleger soll jeder 70 Gramm Butter erhalten. Da aber sehr genau abgemessen wird, so ist es den Mühenpflegern oft nur möglich, 65 Gramm den Mollgegen zu verabreichen. Da er für das ganze Haus die Butter abzugeben hat. Des weiteren soll jeder 250 Gramm Fleisch in rohem und 200 Gramm in gestochtem Zustand erhalten. Da nun das Fleisch meistens ergrabselt wird, erhält jeder dochmals nur 150 Gramm.“

Da wir auf mehrfache Beschwerden bei der Direction niemals Antwort erhalten, gingen wir am Mittwoch, den 16. d. M. mit anderen Bekannten einig über, und in der besten Moll resp. wenigstens genessene Moll Konwurst oder den Teint wiederholen wollten. Wir schickten am Donnerstag den Bescheid, wir müßten abwarten. Demnach beschloß mit 13 Mollgegen die Stationen und weitergehen den Teint. Wir wurden nach dem Bureau gerufen und verhandelt über die fern. Sache mit dem Herrn Director und dem Herrn Bureauvorsteher. Nach langem Hin- und Herreden wurde abgesehen, das Essen wäre vorläufigsmäßig gelassen, und es sollte kein anderes Essen verabreicht werden. „Was ist es Ihnen nicht wert, und Sie entlassen!“ Wortaus 13 Moll

gen den Dienst niederlegen. Hoffentlich wird diesen miserablen Verhältnissen bald Abhilfe geschaffen. Die unterzeichneten Pfleger. (10 Unterschriften.) - Die nächste Anstaltsversammlung in Buch wird sich mit diesen Vorgängen noch näher beschäftigen.

Rundschau.

Ein Krankenhaus für Brustkranke in Berlin. Unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Mischner fand kürzlich eine Sitzung der gemischten Deputation zur Beratung über die Errichtung eines Sonderkrankenhauses für Brustkranke statt. Die eingebrachten Anträge verdrängten sich nach längerer eingehender Beratung auf Anregung des Oberbürgermeisters zu folgendem Beschluß: „Die gemischte Deputation empfiehlt, neben dem demnächst ein Krankenhaus für Brustkranke und Nschlopfleidende (Männer, Frauen und Kinder), auch sogenannte Unheilbare in geschützter Waldlage erweiterungsfähig zur Entlastung und Ergänzung der bestehenden städtischen Krankenhäuser zu errichten, und beauftragt die Krankenhausdeputation mit der Aufstellung eines besonderen Bauprogramms für 500 Betten.“

Die Kommission zur Beratung der aus Anlaß der Fleischvergiftung im Rudolph Kirchhof Krankenhause zu treffenden Verwaltungsmaßnahmen hat unter dem Vorsitz des Stadtrats Dr. Wegert beschlossen, die Speisereglements zu erweitern. An Stelle von Schmalfleisch sollen in Zukunft, um die Moll abwechslungsreicher und schmackhafter zu machen, Fleischspeisen, Gemüse, Obst, Salate usw. verabfolgt werden.

Die Lampen der Krankenhäuser. Als im vorigen Jahre in einer großen Mannheimer Lampenfabrik die Foden ausbrachen, wurde von einer Ministerialkommission das Lager dieser Fabrik untersucht, und da fand man u. a. auch einen ganzen Vollen Abfall aus einem Krankenhause, darunter Pergamentstücke, die, wie die badische Fabrikinspektion in ihrem letzten Jahresbericht mitteilt, mit Blut und Eiter beschmutzt waren. Das Krankenhaus, das diesen schrecklichen Handel betrieb, konnte nicht ermittelt werden. Diese Untersuchung ging auch in norddeutsche Länder über. Dort wurde aber zum Teil die Sache so dargestellt, als ob es sich dabei um ganz seltene Ausnahmen handelte, daß insbesondere auf eine Anfrage des Landespräsidenten der Provinz Brandenburg die Berliner Krankenhäuser eingehend untersucht hätten, in welcher Weise diese Stoffe verwendet würden. Nur gebrauchtes Geschirr, Instrumente und Kleidungsstücke wurden verkauft, und auch diese wurden vorher gewaschen und desinfiziert. Daß damit nicht in ausreißender Weise vorgeht werden kann, beweist schon der Umstand, daß der Internationale Verein Monarch für Hygiene und Demographie (1887) als ein wichtiges Ereignis des Fodensammelung ein Verbot des Verkaufs von Krankenhausabfällen und Wäsche forderte. Sodann ist es eine auch von der badischen Fabrikinspektion in Ermittelung gerufene Tatsache, daß gerade der Mann der Gewerbeinspektion I für Berlin Charlottenburg bereits 1895 von einem Unternehmer berichtet, der den Verkauf von Lampen der Krankenhäuser einzustellen drohte, wenn er in keinem Bereiche weiter Schweregeräten hätte; das deutet jeden falls auf ein sehr schmerzliches Geschäft. Man kann ja annehmen, daß nicht alle Krankenhäuser in der zu verwendenden Weise verfahren, aber man sollte sich auch nicht der Täuschung hingeben, als ob der Lampenverkauf durch Krankenhäuser ein verführerisches Geschäft wäre. Die Gesundheitsverhältnisse und Paraphrasen sollten zur angelegenen Stunde danach fragen.

Die erste Badeanstalt in Kranzfurt a. M. Die „Kranzfurter Zeitung“ macht kürzlich eine Konz über die Anlage der deutschen Klubbäder, und es wurde darin das Badebad der Kranzfurter Arges Moll erwähnt. Dieses Badebad, erst 1890 mit Wasserbädern bestand, ist im Mann gegenüber dem Wehlar und Adickter, und bestand, bis hin bei mehreren Neben die Montierung der inzwischen erdackten Badeanstalten und die Installation des Wassers ein Ende machten. Am Klubbader war jedoch damals keine Anstalt vorhanden. Da kam im März des Jahres 1892 der Lehrer der Schwimmschule Friedrich Alckblatt aus Halle nach Kranzfurt und errichtete im Mann eine Anstalt, in der man die „Schwimmschule“ erkennen konnte. Er erhielt eine eindrucksvolle öffentliche Anerkennung an der Provinzialstadt und sprach sein Bedauern darüber aus, daß man ihm nur Tümpel und Adickter eine Mann neime, das Schwimmen aber ein etwas gefährliches und Karloles habe. Zum Anlaß hat er auch erobert, und seine Anstalt und alleinig Beschäftigung, wobei man ein ausgezeichneter Schwimmer war, hatte, ob er nach Kranzfurt kam, denn in Bremen, Wuppertal und Wuppertal Schwimmschulen errichtete. Zum Lohn undweise ist es nichts mit vielen Erfolg der Schwimmschule.